

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich hier mit Anzeigen 2.10, im Reichs- und 10-Ln-Bezirke 2.10, im übrigen Württemberg 2.20 Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Kzeigen-Gebühr: Für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift ober deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pf. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.
Fernsprecher 29.
Postfachkonto 6113 Stuttgart.

N. 238

Donnerstag, den 10. Oktober

1918.

Die Antwort Wilsons.

Der Weltkrieg.

Bericht der deutschen Generalleitung.

Waffen- und Munition, 9. Okt. 1918. (Mitt. W.F.B. Straßb.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Zwischen Cambrai und St. Quentin ist die Schlacht von neuem entbrannt. Unter dem Einfluß gewaltiger Artilleriebeschüsse und Zusammenfassung von Panzerwagen und Fliegergeschwadern griffen die Engländer im Bereich mit Franzosen und Amerikanern unsere Front von Cambrai bis St. Quentin an. Der nördliche Angriffswinkel hat den feindlichen Ansturm gegen die Mitte auf Bohain geworfen. In den Abendstunden sind erneut heftige Angriffe gescheitert. Zu beiden Seiten der Römische Stellung es dem Gegner, einen tiefen Einbruch in unsere Linie zu erzielen. Bei Bellocourt—Elescourt und westlich Bohain wurde der Feind aufgehalten. Am Südfuß sind wir nur wenig gedrungen. Südlich von Mont Bohain sind alle Angriffe des Gegners gescheitert. Durch den Einbruch war unsere Flanke bedroht. Aus diesem Grunde haben wir uns gezwungen, unsere Nordflanke auf Fresson le Grand zurückzunehmen.

In der Champagne griffen Franzosen und Amerikaner zwischen der Sappe und westlich der Maas unter großer Kräfteverteilung an. Der Angriff wurde abgewiesen. Erneute Durchbruchversuche scheiterten. Südwestlich von St. Quentin brach er in unsere Linien ein. Ein in den Nachmittagsstunden angelegter Gegenangriff warf den Gegner wieder zurück.

An der übrigen Front sind die Angriffe des Feindes völlig gescheitert. Deutliche Einbruchversuche wurden überall gescheitert. Sehr heftige Angriffe des Feindes am Ostrand des Argonnenmassivs und im Bereich der Fronten von St. Quentin brach er in unsere Linien ein. Ein in den Nachmittagsstunden angelegter Gegenangriff warf den Gegner wieder zurück.

An der übrigen Front brachen die feindlichen Anführer vor unseren Linien zusammen.

Der Feind Generalquartiermeister: Ludendorff.

*Das feindliche
Rückwärtigen
Halt auf dem Reichsland
Sinnlos. Aufschuß für die
Reichsland.*

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 8. Okt. W.F.B. Die Stadt Douai besetzt als Folge der unangenehmsten englischen Beschießung. Die Tatsache, daß die Engländer Douai mit schweren und schweren Kalibern beschossen, wurde deutscherseits bereits seit Wochen gemeldet. Die Unterstellung, daß die Deutschen eine vor ihnen noch besetzte Stadt selbst anzündeten, ist zu unheimlich, um widerlegt zu werden.

Berlin, 8. Okt. W.F.B. Amlicke. Die Amerikaner Meldung des „Journal des Nouvelles“, wonach die Deutschen Feuer an die Städte Roulers, Thourout, Ardoye und Lichterwalle legten, enthält jeglicher Unterlage.

Berlin, 8. Okt. Der Tankstrecker. Eine Episode von der Front, wie sie sich Tag für Tag in ungenügenden Abschnitten wiederholt: Gefechtsstand eines Regiments, umhüllt von den waldigen Kuppen der Argonnen. Der Morgen bricht hell. Der Ordnungszug kämpft in Dauerlinien die Nachtstühle aus den Gliedern. Am überlasteten Telegraphen müht sich der Adjutant, Klarheit über die Lage sein zu verschaffen. Es liegt etwas in der Luft, trotz des mäßigen Artilleriefeuers während der Nacht. Es spannt die Nerven aufs Äußerste an; es läßt den Komman-

den nicht ruhen. Gewißheit zu haben über jenes dumpf sich Vorbereitende, treibt ihn aus dem Schlaf. Auf der Höhe in besten Schwaden liegt der Nebel auf den Feldern. Auf dem Hügel links wachsen die Eisenstücke plötzlich dampfhaft empor. Rindungsfeuer blüht auf jener Anhöhe, die die Mitte hält zwischen Gefechtsstand und dem vom Feind gehaltenen Hügel. Niemand begreift zuerst den Sinn dieser feindlichen Absicht, denn ist kein Zweifel mehr, daß das Tankgeschütz feuert. Nach allen Weisungen richten sich die Augen. Der Nebel gibt die Sicht nur schwer frei. Völlig, wie aus dem Boden gewachsen, tauchen aus der Halbe in langer Reihe die schwarzen Kolosse heran. Durchs Glas lassen sie sich zählen: 12, 15, 16, 19 Tanks, eine



unheimliche Aufsicht, die das Blut mit Eis beschlägt. Die Spannung: Wird die Abwehr Herr der Lage... bringt das Blut wieder in Wallung. Das Abwärtigen blüht wie befeuert. Die ersten Schüsse liegen zu kurz. Fieberhaft werden die Gläser gezogen und in die Augen gepreßt. Der dritte Tank von links koppt. Ein glatter Volltreffer. Schuß auf Schuß rollt und räumt auf. Schon muß der 4. Tank sich ducken. Eine zweite Batterie gräbt ein. Stichflammen vertreiben die Nebel. In kurzen Abständen liegen acht Kolosse zusammengefahren im Raum. Gedrückt durch die struppigen Gehäule, macht der Rest kehrt. Das Tankgeschütz, so überraschend es erscheint, so schnell ist es vertieben. Von den 19 scheinbar aufgeführten amerikanischen Sturmwagen vorzuziehen acht als formlose Gerippe in der aufgehenden Sonne. Ein gutes Omen für diesen Schlachttag!

Das Ausland und der Friedensschritt der Mittelmächte.

Berlin. Lawinartig wächst die Fülle der Pressestimmen über die Aufnahme des deutschen Friedensangebots im Ausland. Bei der Wertung der Veröffentlichungen ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorhebt, zu berücksichtigen, daß sie nicht ohne weiteres die Meinungen der betreffenden Regierungen wiederzuspiegeln brauchen. Nach Fühlungsnahme mit den übrigen maßgebenden Persönlichkeiten der Entente wurde der Präsident der Vereinigten Staaten wohl bald entscheiden und uns Antwort geben. Die Antwort werde dann zeigen, wie weit die ausländische Presse in ihren Auslassungen Recht gehabt habe.

London, 7. Okt. W.F.B. Reuter. „Daily Mail“ schreibt einen Artikel: „Wenn Deutschland, Österreich Un-

garn und die Türkei herbeiführen, die Waffen auszuliefern, wie dies Bulgarien getan hat, und sich aus dem gesamten besetzten Gebiet zurückziehen, könnte Präsident Wilson einen Waffenstillstand vermitteln und den allgemeinen Frieden diskutieren. Anderenfalls wird kein Fortschritt, den die Mittelmächte in dieser Richtung machen könnten, Erwägung finden.

Paris, 7. Okt. W.F.B. Das Waffenstillstandsangebot der Zentralmächte beherrscht die heutige italienische Presse. Sie nimmt zu der Frage leidenschaftlich Stellung. Das Angebot scheint der italienischen Regierung sehr ungeliebt zu kommen. Aus den Kommentaren der Zeitungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß Italien, von dem weltliche Geistesstreben immer noch vom Felde besetzt sind, heute die Liquidation seines Krieges befürchtet. Das Angebot der Zentralmächte, das die Wilsonschen Grundzüge als Unterlage für die kommenden Besprechungen stellt anerkennt, ist der italienischen Presse höchst peinlich, die die Wilsonschen Grundzüge nicht anerkennen mag, aber immerhin ihnen eine für Italien vorteilhafte Auslegung geben möchte.

Paris, 7. Okt. W.F.B. Journal Action Française und andere Blätter erklären, man dürfe mit den Mittelmächten als geschlossenen Block nicht verhandeln, sondern nur getrennt mit jeder einzelnen Macht. Fundamental glaubt nicht, daß ein Waffenstillstand gewährt werden könne, aber das Friedensangebot dürfe man nicht leichtfertig behandeln. Populaire du Centre ist das einzige Blatt, das sich rühmlich zu Gunsten des Angebots äußert. Die elisabethische Frage könne nur in Anerkennung des freien Willens der interessierten Mächte gelöst werden. Unions Chauxvillaises spielen nur das Spiel der Feinde. Diejenigen seien Verberber, die den Krieg verlängern wollten. Es sei ganz klar, daß die Diplomaten die Forderungen der Gegenpartei nicht auf den ersten Hieb annehmen könnten, aber es stehe in der Nacht keines Menschen die nächsten Fähigkeiten hinaus zu schreiben. Man werde verhandeln und die Bestimmungen der Beiträge erörtern. Das werde mehr oder weniger mühsam sein. Aber der Friede sei da, er klopfe an unsere Tür.

Washington, 7. Okt. W.F.B. Reuter. Staatssekretär Mc Adams veröffentlicht einen Appell an die Bevölkerung, in ihrem Eifer für die Freiheitsanleihe nicht zu erlahmen, und erklärt, das Friedensangebot des Feindes unterstreiche nur, wie außerordentlich wichtig es sei, daß die Anleihe erfolgreich werde, damit der Druck auf den Feind anhalten könne.

London, 8. Okt. W.F.B. Wie Reuter erzählt, wird in gutunterrichteten Kreisen nach der Prüfung der Rede des deutschen Reichskanzlers und der Note an Wilson folgende Kommentar gegeben: Der Vergleich zwischen dem Text der Note an Wilson und der Rede des Prinzen Max weist wichtige Abweichungen auf. Während die deutsche Note die Bereitschaft des Präsidenten an den Kongress vom 8. Januar und seiner späteren Erklärungen als Grundlagel für Friedensverhandlungen annimmt, sagt der Kanzler, daß er sich auf den Boden des Nichtteilnahmeprogramms stelle. Und wenn dieses Programm so ist, wie es im „Verl. Gesetz.“ mitgeteilt worden ist, so wird die Differenz sofort deutlich werden. Angesichts dieser Geschlossenheit ist die Frage berechtigt, auf dem Boden welcher von diesen Erklärungen Deutschland wirklich steht, des internationalen Dokuments, das an Wilson gerichtet worden ist, oder der an das deutsche Volk gerichteten Erklärung im Reichstag. Die Note selbst läßt verschiedene Auslegungen zu und ist vielfach abstrahisch unbestimmt.

Bukarest, 8. Okt. W.F.B. Der Vertreter der Transsylvanier-Gesellschaft meldet: Die rumänische Presse begrüßt mit warmer Sympathie die Einführung des demokratischen Regimes in Deutschland, von dem sie eine Annäherung zwischen den beiden Mächtegruppen und den Abbruch des von allen Völkern sehnsüchtig erwarteten Friedens annimmt. Auch für Rumänien, das durch seine geographische Lage und wirtschaftlichen Interessen stets auf die Mittelmächte angewiesen bleibt, werde ein demokratisches Deutschland wichtige Folgen in sich schließen. Das Friedensangebot des demokratischen Deutschland werde die erhoffte Aussicht auf den Weltfrieden erfüllen. Die Blätter betonen, das rumänische Volk ist voll fruchtbarer Hoffnung auf seine eigene Zukunft. Ein auf der Grundlage der Völkergerechtigkeit zustande gekommener Frieden, so schreibt die vorkommliche „Lumina“, wird auch Rumänien gestalten, seine Wunden zu heilen und in Freiheit und Demokratie, das ist auf gesunder Grundlage, das infolge des

lebens der Völker angenommen seien, und in Bezug auf Polen zur Schaffung eines unabhängigen Staates führen, der alle polnischen Gebiete mit einem Zugang zum Meere umfasse. Zur Verwirklichung dieses Programms muß der Staatsrat aufgelöst und sofort eine aus Vertretern der breitesten Schichten des Volkes und aller politischen Richtungen zusammengesetzte Regierung berufen werden. Dieser Regierung sei die Beschaffung aufzustellen zusammen mit den Vertretern der politischen Gruppen ein Wahlstatut für einen auf breite demokratische Prinzipien gestützten polnischen Landtag umzusetzen und unmittelbar darauf den Landtag zu berufen. Seine Bestimmung sei die weitere Einrichtung der obersten Gewalt zu übergeben, in deren Hand der Regenschlüssel in Uebereinstimmung mit dem von ihm abgelegten Eid seine Gewalt niederzulegen habe. (Sollt haben wir die Bezeichnung) Polen heißt es nun an der Zeit, Ansprüche auf deutsche Landestelle zu erheben. D. S.)

Auch Waldow will gehen.

Berlin, 8. Okt. Wie wir hören, hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes von Waldow sein Entlassungsgesuch eingereicht, doch ist eine Entscheidung bisher noch nicht getroffen.

Die nächste Sitzung des Reichstages.

Berlin. Wenn das „Berliner Tageblatt“ richtig informiert ist, hat der Reichstagspräsident die nächste Sitzung auf nächsten Sonnabend einberufen.

Die Kriegslage in Mazedonien.

Berlin, 8. Okt. Ueber die Kriegslage in Mazedonien erfahren wir, daß die Franzosen in der Gegend von Uskub Halt gemacht haben. Die Serben drängen im Gebiet von Stranja nach und haben hier die nur schwachen österreichischen Truppen nach Norden zurückgedrängt. Die westliche bulgarische Grenze wird aufseinerhand nicht von den Entente-Truppen überschritten. In östlicher Richtung haben englische und armenische Divisionen den Vormarsch ausgesetzt. Auf dem Balkan Konstantinopel verhalten sich Truppen der Zentralmächte, darunter auch deutsche. Nicht ausgeschlossen scheint feindliche Landungsversuche im Verdonnen oder im Thrakiengebiet.

Der südslowakische Staat.

Wien, 9. Okt. Heute wird ein Manifest des Kaisers erscheinen, worin der Monarch den Entschluß kundgibt, daß Kroatien, Slavonien, Bosnien, die Herzegowina, sowie Dalmatien zu einem Staatsorgan vereinigt werden.

Für Österreich-Ungarn bedeutet diese Neuverteilung mindestens eine so starke We. de als die Einführung des demokratischen Regiments in Deutschland. Es wird noch darauf zurückzukommen sein.

Bulgarien will beim Vierbund bleiben?

Berlin, 8. Oktober. Von militärischer Seite schreibt man dem „Berliner Tagblatt“: Bulgarien hat einen Vorfrieden geschlossen. Die territorialen Forderungen werden der allgemeinen Friedenskonferenz überlassen. Im übrigen denkt Bulgarien nicht daran, den Bündnisvertrag vor Kriegsschluss zu kündigen. In politischen Kreisen hat es sich durch die Verschlebung des Friedensschlusses noch einige Handlungsfreiheit bewahrt, indem es sich bemüht, seinen bisherigen Verbindungen politisch nicht zu verfallen und sich mit ihm gemeinsam an den Friedensschluß zu setzen, weil es darauf rechnet, daß seine Ansprüche auch fernhin vom Vierbund Unterstützung finden. Der Vierbund besteht auch heute noch, nur ist eines der Bundesglieder militärisch ausgeschaltet. Die rasch zugreifende Politik Malinows hat, vom bulgarischen Standpunkt aus betrachtet, gar nicht so unglücklich operiert. (Diese naive Anschauung der „militärischen“ Seite dürfte wohl von der Entente gründlich widerlegt werden. D. S.)

Reuter-Schwindel.

Wien, 7. Okt. WTB. Das k. und k. Kerr.-Bureau meldet: Die von angeblich gut unterrichteter Seite stammende Reuterdepesche über Unruhen, die in Wien stattgefunden hätten, und über Besorgnisse, daß hier eine Revolution ausbrechen werde, ist eine plumpe Erfindung. In Wien und der ganzen Monarchie herrscht volle Ruhe und Zuversicht. Wie oft die Revolution in Österreich-Ungarn vorhergesagt und durch die Tatsachen Lügen gestraft wurde, läßt sich nicht mehr feststellen. Die stetige Wiederholung dieser Tendenzlügen wird diesen Wunsch der kurzschäftigen Feinde der Monarchie der Erfüllung nicht näher bringen.

Das Schicksal Bulgariens.

Sofia, 9. Okt. WTB. Nach privaten Meldungen wurde bei den Verhandlungen, die Klapschew in Saloniki führte, von der Entente auch darauf hingewiesen, daß die bulgarische Regierung unabhängige Gewähr bieten müsse für strenge Einhaltung aller Verträge zwischen der Entente und Bulgarien. Das gegenwärtige bulgarische Kabinett ist jedoch nach Ansicht der Entente nicht geeignet, ein Werkzeug ihres Willens zu sein. Deshalb habe man angedeutet, daß eine Veränderung im bulgarischen Kabinett durchaus erwünscht sei. Malinoff eröffnete

daraufhin Verhandlungen zur Neubildung des Kabinetts. Die Entente soll zugestimmt haben, daß dieses zusammengelehrt sei aus zwei Demokraten, nämlich Malinoff und Klapschew, drei Radikalen, einem Agrarier, einem Sozialisten, einem Radikaldemokraten und General Lukow, dem Führer der zweiten Armee und Mitglied der unter Klapschew seinerzeit nach Saloniki entsandten Kommission. Daß die Masodanaten am stärksten vertreten sein sollen, trotzdem sie nur 10 Sitze in der Sobranje haben, läßt daher, daß sie als die den Mittelmächten am meisten abgeneigte Partei gelten. Die Maßnahmen des neuen Kabinetts werden außerdem noch scharf überwacht werden durch eine Entente-Kontroll-Kommission, deren französische und englische Mitglieder bereits in Sofia eingetroffen sind. Ihre Arbeit wird in kurzen Einsehen und die Einsetzung von Hilfsbehörden wird nur als eine Frage von Tagen angesehen. Man vermutet, daß sie der Entente willkommenes Geschehen bieten werden, um scharfe Maßnahmen gegen Bulgarien zu ergreifen. Das Schicksal Sofias scheint dem Saloniki ähnlich zu werden.

Veränderungen in der türkischen Regierung.

Berlin, 9. Okt. Wie der „Deutschen Zeitung“ von einem Konstantinopeler Gewährsmann gemeldet wird, ist in türkischen Kabinett eine Veränderung eingetreten. Der bisherige Großwesir Talat Pascha ist durch den Senator Perofit Pascha ersetzt worden. An die Stelle des bisherigen Kriegsministers Enver Pascha ist der frühere Kriegsminister Syyet Pascha getreten. Zum Minister des Auswärtigen wurde der der Opposition angehörige Senator Achmed Rifa ernannt. Die letzte Zusammenlegung des Kabinetts beendete den allgemeinen Friedenswillen des türkischen Volkes. Die Nachricht von dem Kabinettswechsel ist der türkischen Volkstheit in Berlin noch nicht zugegangen. In ihrer Richtigkeit ist aber nach unserer persönlichen Informationen nicht zu zweifeln. Wir werden uns eben darauf einrichten haben — und auch dadurch wird die Notwendigkeit unserer Friedensschritte bestätigt — daß auch die Türkei in nicht zu langer Frist die gemeinsame Kampffront verläßt.

Wenn wir Nordfrankreich und Belgien preisgeben. Die demokratische „Berl. Morgenpost“ schreibt: Würden wir aber unsere Heere an die deutschen Grenzen zurückziehen und würde uns abdam der Feind Friedensabstufungen stellen, die wir, wollen wir als Balk und Staat am Leben bleiben, nicht annehmen könnten, würde also der Kampf fortgesetzt werden müssen, so würde das Schicksal, das jetzt über die französischen und belgischen Städte hereinbrechen müßte, wenn der Feind bei seinem Vernichtungswillen beharrt, über Aachen und Trier, über Köln und Mannheim und Karlsruhe hereinbrechen. Das ist die Lage. Daß angeführt dieser Lage kein Deutscher läßt sich eine Forderung unserer Feinde auf bedingungslose Räumung der von uns besetzten feindlichen Landestelle gutheißen, daß im Gegenseite eine solche Forderung den Kampfeswillen und die Kampfesleidenschaft des deutschen Volkes bis zur Gluthitze entflammen müßte, daß das deutsche Volk alsdann einig wäre, den Kampf um sein Leben bis zum letzten Mann durchzukämpfen, das ist keine vollkommen Selbstverständlichkeit mit der wohl auch die Feinde rechnen werden.

Rein Waffenstillstand.

Washington, 8. Oktober. Reuter. Droht. In einer heute von dem Staatssekretär Lansing dem schwedischen Geschäftsträger übergebenen Note heißt es u. a., daß der Präsident der Vereinigten Staaten, bevor er auf die Note der Kaiserlich deutschen Regierung eingehe, sich des genauen Sinnes der Note versichern müsse. Meint der Reichskanzler, daß die vom Präsidenten Wilson in der Volkstheit an den Kongreß vom 8. Januar d. Js. und in den folgenden Volkstheiten niedergelegten Leitsätze der Zweck der Diskussion seien? Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Voranschlag eines Waffenstillstandes zu bemerken, daß er sich nicht für berechtigt halte, seinen mit ihm verbundenen kriegsführenden Ländern einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die feindlichen Heere auf dem Boden der Verbündeten stehen.

(In einer Anmerkung des WTB. heißt es: Die Antwort liegt in ihrem amtlichen Text in Berlin noch nicht vor. Eine genauere Prüfung des Wortlautes konnte noch nicht stattfinden. Dem Sinn der deutschen Note hat bekanntlich ungenügend in der letzten Reichstagsitzung der Reichstagspräsident gegeben.)

Der Balkanzug.

Berlin, 9. Okt. Der nächste Balkanzug wird Berlin wie gewöhnlich verlassen. Er wird jedoch in Anbetracht der unsicheren Verkehrsverhältnisse auf dem Balkan voraussichtlich nur bis Niß durchgeföhrt werden können. Es wird aber vielleicht möglich sein, die Reisenden von Niß aus in Lokalzügen nach Sofia bzw. Konstantinopel weiterzubefördern. Der aus der Gegenseitigung kommende Zug, der aus Konstantinopel am Sonntag abgegangen war, ist mit sechsständiger Verspätung in Berlin eingetroffen.

Stunde Kleinigkeiten?

In der „Welt am Montag“ schreibt H. v. Serlach: Territorialfragen sind stunde Kleinigkeiten. An den Völkern, auf die Menschheitsverständnis allein kommt es an.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Genossen Heilmannschreiber dazu:

Daß der Landbesitz verhältnismäßig gleichgültig sei, haben einst auch die Bolschewiki geglaubt. Sie sparten bedenkenlos Land im Interesse der sozialen Revolution. Wäre auf ihrem Wege der volle Sozialismus erreichbar, so ließ sich das Opfer rechtfertigen. Aber die Bolschewiki haben ihren Irrtum längst eingesehen und sind gerade jetzt um den Wiedergewinn des ehemals russischen Landes eifrig bemüht. Völkern und Menschheitsverständnis sind gewiß auch hohe Ziele. Aber wir sollten deshalb nicht leichtfertig Land verschleudern. Wie tun damit nicht einmal dem Völkern einen Dienst; denn auch er kann nur Dauer haben, wenn das deutsche Land deutsch bleibt.

Preissturz im Wolmosegeschäft.

Berlin. Dem Berliner Lokalanzeiger zufolge ist nach einer Meldung der Wladizischen Rundschau seit Anfang Oktober im Wolmosegeschäft an der Naardt plötzlich ein großer Preissturz eingetreten. Größere Geschäfte werden fast nirgends mehr abgeschlossen. Der Handel verhält sich passiv, weil die Preise andauernd zurückgehen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, 10. Oktober 1918.

Die 9.

Es blüht die Poesie zum 9. mal
Wir schmuckende Fansen,
Mit brausendem Ruf und Donnerhall
An Deutschlands Volkstheeren.
Sie ruft drei Worte, inhaltsschwer:
Glaube, Liebe, Hoffnung!
Hinaus in weithin schallendem Meer
Um wiederzukommen an der Brandung.
Glaube! Mut, Mut, sei tapfer und stark,
Blick auf zu Deutschlands Wappen.
Loh' rohen Deine silberne Mark
Sie hilft Dir den Frieden schaffen.
Liebe! Sie einigt! Liebe macht stark,
Stärke trägt unsern Willen!
Loh' sollen Deine silberne Mark,
Sie wird Dir den Wunsch erfüllen
Zur Hoffnung auf Frieden! Deutsche seid stark
Ehre den tapferen Kriegern!
Loh' sollen Eure silberne Mark
Als Lorbeer den eihernen Siegern.
Die Hymne ruft, mit ihr die Mauer aus Eisen!
Zerschellen muß feindliches Wollen:
Deutschung, was deutsch! Ihr Flax wird entgleiten
Wenn Du läßt die Silberne rollen!
Breunung.

Die Erhöhung der Löhne des weiblichen Personals der freiwilligen Krankenpflege. Die durch die Tagespresse gegangene Mitteilung über die Erhöhung der künftigen Bezüge der Krankenpflegerinnen hat vielfach dazu geführt, daß junge Mädchen ihren bisherigen Stellung ohne weiteres kündigen. Diese Wahrnehmung gibt zu der eindringlichen Warnung Veranlassung solche vorzeitige Schritte zu unterlassen, denn die Zahl der hier in Betracht kommenden Personen wie auch die Ausbildungsmöglichkeit ist eine so begrenzte, daß niemand mit Bestimmtheit damit rechnen kann, zur Ausbildung überhaupt aufgenommen zu werden.

Rundgebung.

Die Deutsche Vaterlandspartei erklärt in der Verhandlungsgrundlage, die die Regierung anzunehmen sich bereit erklärt hat, das notwendige Ergebnis einer schwachen und zitierten politischen Leitung seit Beginn des Krieges. Die Deutsche Vaterlandspartei hat seit ihrem Bestehen diese Politik auf das Lebhafteste bekämpft, leider ohne Erfolg!

Sollt sehen wir uns einem Schritte gegenüber, den wir als Tatsache hinnehmen müssen und nicht mehr ändern können. Wir halten es aber für unsere Pflicht, schon jetzt auf die furchtbare Gefahr hinzuweisen in die wir uns begeben würden, wenn wir durch einen Waffenstillstand England und unseren übrigen Feinden die ersuchte Möglichkeit geben, sich neu zu versorgen, und uns so wehrlos machen würden, bevor wenigstens eine Grundlage der Verhandlungen festgelegt ist, die Ehre, Bestand und Zukunft des deutschen Volkes wahren.

Uns aber und allen Gesinnungsgenossen ermahnt die heilige Pflicht, mit äußerster Kraft alles zu tun, um das deutsche Volk zur Erkenntnis der ihm drohenden Gefahren zu bringen und, wenn nötig, zur höchsten Widerstandskraft gegen unsere Feinde anzuspornen. Nur dann, nur, wenn unsere Feinde eine solche Gestattung im deutsche Volke erkennen, kann es noch gelingen, mit einer schmuckvollen, unsere Zukunft geträumenden Unterwerfung einen ehrenvollen Frieden zu erreichen.

Deutsche Vaterlandspartei.



